

## Um Dernburgs Programm.

(Aus der Budgetkommission des Reichstags.)

Die Budgetkommission ging am Mittwoch zum Etat von Kamerun über. In der Generaldebatte legte der Staatssekretär wiederholt die Grundzüge dar, von denen er sich auch in der Verwaltung dieser Kolonie werden lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Kamerun sei zuerst umgekehrt und einseitig, sofern sie sich gegenwärtig im wesentlichen hinge auf die Gewinnung des Gummi. Dieses „Gummifieber“ führe zum verfallenen Raubbau. Die Gewalttätigkeiten, die sich die Händlerkarawanen gegen die Eingeborenen erlaubten, haben zunehmende Entvölkerung der Handelsströme, Unordnung und — Strapazebitionen zur leidigen Folge. In absehbarer Zeit sei damit zu rechnen, daß mit dem Rückgang der Gummiproduktion eine wirtschaftliche Krise in Kamerun eintrete. Die nächsten Maßnahmen hofft die Kolonialverwaltung durch Erlass einer „Trägerordnung“ abzuwehren. Auch die Errichtung notwendiger Verpflegungsinstitutionen für die Handelskarawanen wird angeregt. Die Hauptlücke aber wäre der Bau von Eisenbahnen, der die ungezügelten Tausende, die als Träger auf den Straßen nomadieren, für die regelmäßige Kulturarbeit frei und schäftig machen würde. Dann müßte der Negler vor allem dazu angeleitet werden, daß er Produkte baue wie Mais, Ölbaum, die weniger den gefährlichen Schwankungen des Preises unterworfen und ihm selbst notwendig und nützlich seien. Auch der Negler, Dr. Semler, erklärt sich mit den Grundzügen des Kolonialsekretärs im allgemeinen einverstanden, glaubt aber, daß der Negler nur durch einen mehr oder weniger sanften Zwang durch die Vermittlung der Hauptlinge zur Kulturarbeit, zunächst nicht im Dienste von Weißen, sondern im eigenen Interesse zu arbeiten angehalten werden müsse. Ob das angehe und wie das zu machen, darüber zerbrachen sich die Redner aller Fraktionen mehrere Stunden die Köpfe, der Kolonialsekretär war eingeschlossen. Dr. Baasche warnt davor, den unzulässigen Stand des Preises zum Ausgangspunkt für die Verurteilung des Handels mit dem Artikel überhaupt zu machen; die Negler bedürfen der Anleitung und Erziehung zur Arbeit. Die A. Baasche drohte vorübergehend haben und drücken eine etwas „tropische Temperatur“ anzunehmen. In dem, was sachlich vorgetragen wurde, konnte der Unbefangene einen zureichenden Erklärungsgrund nicht finden. Bisher ist es dem Staatssekretär gelungen, sein neues und gewis weithin mit Vergnügen begriffenes Kolonialprogramm der „Eingeborenenkultur“ glänzend hundert zu labieren, zwischen den ihm doch wohl bedenklichen, weil ungewohnt neuen Äußerungen warmer Anerkennung und Zurückhaltung der Nationalliberalen auf der einen. Auch die Wünsche nichts anderes, als daß die Interessen der Plantagen und des Handels in die Gesamtinteressengemeinschaft unserer Kolonien gleichwertig und speziell auch im Sinne der handelsrechtlichen Handelsfreiheit eingeführt werden. Wir wünschen, daß die Verhandlungen — und daran allein hat die weite Öffentlichkeit ein Interesse — im weiteren Verlauf der Kommissionsberatungen fernherhin geleitet sein mögen von dem Geiste freimütiger Aussprache und Kritik im Geiste sachlicher, im besten Sinn nationalen Zusammenarbeit von Kolonialamt und Parteien.

## Eine Ausweitung.

Aber die Ausweitung eines schiffbrüchigen Deutschen aus einer deutschen Kolonie geht dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Debele (Britisch-Papua) folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

## Die Heirat seiner Hoheit.

Roman von Arthur Gapp.

(Nachdruck verboten.)

### 1. Kapitel.

Seine Hoheit, der regierende Herzog, lächelte in sichlich über Laune dem Vortrage eines Hofmarschalls zu. Seine Stirn war finster gerunzelt, und seine Nasenflügel vibrierten nervös, während der oberste Hofbeamte in devoter Haltung vor seinem Herrn stand, sagte:

„Eure Hoheit sind nahezu zwei Jahre Witwer, und da Euer Hoheit erste Ehe dem Lande keinen Thronfolger beibringt, so ist es in den weitesten Kreisen des Volkes der ehrerbietigste und innigste Wunsch, Eure Hoheit möchten so bald als irgend tunlich eine zweite Ehe eingehen.“

Der Herzog machte eine abwehrende Handbewegung. Das deutete er durch das Heften nach dem blauen Firmament, an dem die Sonne fetter lächelte.

„Warum verderben Sie mir den schönen Tag, Hofkammer?“ bemerkte er mit einem etwas lächeligen Humor. „Sprechen Sie mir ein andermal davon, im nächsten Monat, im nächsten Jahre.“

„Eure Hoheit sind dreihundertvierzig Jahre alt.“ erlaubte sich der Hofmarschall mit ernster Miene einzumenden.

Im Januar 1907 verließ ich, nach siebenjährigem Aufenthalt in Samoa, diese Inseln, um die Marschall-Inseln auszusundigen, speziell in der Absicht, aufzufrisches Kapital für diese Gruppen zu interessieren. Wie ich es auch in Samoa getan hatte (ich ging auf meine eigenen Kosten und mit Zulassung einer Anstellung bei der D. S. u. V.-Gesellschaft), wollte ich erst Stellung suchen, um das Land kennen zu lernen, den günstigsten Platz auszuwählen und mit Späner-Geld einen großen Betrieb ins Leben rufen. Die Leute hätte und habe ich noch heute ganz an der Hand. Bei meiner Ankunft in Jaluit wurde mir die Landung verweigert, weil ich nicht tausend Mark bei Sicherheit stellen konnte, und ich wurde gezwungen, auf meine Kosten auf dem Dampfer „Mabel“ eine vierwöchige Rundreise durch den Archipel zu machen und dann nach englischen Gebiet zurückzuführen. Dem Kapitän Legge wurde verboten, mich irgendwo im Archipel landen zu lassen, bei Weigerung der Auslieferung der Schiffs-papiere. Am 8. Juni ging die „Mabel“ in stürmischer Nacht total verloren und wir retteten uns (ich war der einzige Passagier) auf eine kleine unbewohnte Insel, von wo wir nach dreiwöchiger Gefangenschaft mittelst Schoner nach Jaluit und Buntarität geschafft wurden. Ich hat am 21. Juni den Amtmann Sigwanz schriftlich um Zulassung im Schutzgebiet, da nach Untergang des Dampfers Kapitän Legge keine Verpflichtung mehr hatte, mich aus dem Schutzgebiet wieder herauszunehmen. Jede Landung wurde verboten, und man zwang mich als deutschen Schiffbrüchigen, eine deutsche Kolonie zu verlassen, um nach englischen Gebiet zurückzuführen, wo ich mich nur auf der Durchreise von Samoa ein paar Tage aufhalten habe. Eine Befehlskarte beim Kaiserlichen Gouverneur von Neu-Guinea war erfolglos; er stellte mir nur anheim, eine Willkür gegen den Amtmann Sigwanz anzustrengen, die natürlich ewig dauern und erfolglos sein würde. Befremdend war es, daß der Kaiserliche Gouverneur von Neu-Guinea sich sofort veranlaßt sah, ohne daß Bruno Pöhl u. Co., die Besitzer des Dampfers „Mabel“, darüber Zahlung verlangten hatten, meine Rückpassage erster Klasse per „S. S. Titus“ zu bezahlen. Etting.

Es wäre voreilig wollte man aus dieser einseitigen Darstellung allgemeine Schlüsse auf die Art der Verwaltung auf den Marschallinseln ziehen. Man wird erwarten dürfen, daß sich das Reichskolonialamt zu dieser Angelegenheit äußert.

## Deutscher Reichstag.

Das Haus fährt in der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern fort. Abg. K a e m p f verbreitet sich über die Frage des deutschen Wirtschaftslebens. Staatssekretär v. B e h m a n n - H o l l - w e g: Auf die letzte Anregung des Vorredners bedauere ich heute nicht eingehen zu können. Ich werde das erst morgen oder übermorgen tun, da ich heute mein Material infolge von Korrespondenzen mit dem preussischen Minister des Innern nicht zur Stelle habe. Was die Außenhandelsstelle anlangt, so stehe ich diesem Plane nicht wesentlich anders gegenüber als mein Amtsvorgänger. Bei der ersten Lesung des Etats, meine Herren, kündigte ich die badige Veröffentlichung der verkehrstechnischen Untersuchungen bezüglich der Personverhältnisse der Privatbeamten an. Ich hoffe, in dem nächsten Monat die Dentschrift der Öffentlichkeit übergeben zu können. An die Publikation wird sich gewiß eine weitgehende Kritik knüpfen. Diese erbittet ich. Der Staatssekretär wendet sich dann zu der Frage der Arbeitskammern, um, wie er ausdrücklich erklärt, seine persönliche Stellung zu dem unlängst veröffentlichten provisorischen Gezeckentwurf darzulegen. Der Bundesrat habe zu demselben noch keine Stellung ge-

nommen. Ganz unrichtig sei die Unterstellung, daß der Entwurf ein Produkt des Scharfmacher-Bundes, des Zentralverbandes deutscher Industrieller“ sei, und daß die Reichsregierung jetzt unter der Patronage dieser Arbeitgeber-Vereinigung stehe. „Ich würde meine Direktiven überhaupt nicht einseitig, weder bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten), noch bei den Arbeitgeber-Verbänden. Ich tue, was ich im Dienst der Allgemeinheit für richtig halte.“

Abg. G a m p (Reichsp.) weist hin auf die vorliegenden zahllosen Resolutionen, in denen nach einer von ihm angeführten Berechnung etwa 44 bis 46 Geleise gefordert würden. Daß er und seine Freunde ein solches Tempo nicht mitmachen, werde man begreiflich finden.

Abg. R a a b (wirtsch. Vergg.) bespricht die Verhältnisse im Hamburger Hafen.

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Eisenbahnetats.

Abg. S c h m i e d i n g (natl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Die allgemeine Besprechung der Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr wird verbunden mit der Besprechung der finanztechnischen und wirtschaftlichen Seite des Etats.

Abg. v. H e y d e b r a n d (konf.) betont, der Etat bietet diesmal ein recht unerfreuliches Bild. Dem Etat mangle es an Übersichtlichkeit, und das Ordinarium sei, wie in den letzten Jahren überhaupt, zu gering dotiert. Das Haus müsse mehr als bisher Anregungen für die Etatsausstellung geben und auch sparsamer wirtschaften. Anleihen für Betriebsverbesserungen seien nicht zu ertadeln. Die schärfsten Bedenken hätten seine Freunde gegen die Umwandlung der preussischen Bahnen in Reichsbahnen.

Abg. W a l l e n b o r n (Ztr.) bleibt fast ganz unverständlich. Er erklärt, die Kritik an der Etatsausstellung machten seine Freunde nicht mit.

Abg. Dr. F r i e d b e r g (natl.): Wir erheben die Forderung, daß die Mittel, die zu einer Substanzvermehrung auf dem Gebiete der Eisenbahnbauten beitragen, auf Anleihen genommen werden. Was die Aufstellung einer bestimmten Grenze zwischen den Einnahmen der Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung betrifft, so kommen wir zu keiner wirksamen Barriere, wenn wir nicht dazu allmählich übergehen, aus den Eisenbahneinnahmen einen festen Betrag der Staatskasse zuzuführen. Entschwebende Gründe, warum das nicht gehen soll, sind uns bisher nicht mitgeteilt worden. Man könnte beispielsweise den Durchschnitt der beiden letzten Jahre nehmen von dem, was die Eisenbahnverwaltung zu den allgemeinen Staatsausgaben beigetragen hat, und mit diesem Durchschnitt den Verlust machen. Freilich gehört als zweite Maßregel ein Ausgleichs-fonds hinzu. Diese Einrichtung hat sich in Preußen vorzüglich bewährt, und man hat übermäßige Ansprüche seitens des Landtags wie seitens der übrigen Ressorts mit Erfolg abgelehnt können, was der Finanzminister von seinem Extraordinarium nicht behaupten kann. Man sieht doch also an einem praktischen Beispiel, daß die Sache geht. Wenn der Finanzminister sich so sehr vor Anleihen scheut, dann hätte man die Eisenbahnverwaltung überhaupt nicht machen müssen. Wenn der Etat sein klares Bild für die Beurteilung der wirklichen Finanzlage gibt, dann können wir uns auch nicht über die Deckungsfrage für die Beamtenbesoldungen schlüssig machen. Nach unserer Meinung handelt es sich nur um eine vorübergehende notwendige Maßnahme, die gefunden werden kann durch die Herausnahme von 50 Millionen aus dem Extraordinarium. Wir

kräuben uns nicht gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer, wenn ihre Notwendigkeit uns bewiesen wird; bisher können wir den Zweck nicht als erreicht ansehen. Auch Abg. v. H e y d e b r a n d hat von „Verflechtung“ gesprochen. Wird der Etat so hinausgeschoben, wie er vorliegt, so übernimmt der Eisenbahnminister und der Finanzminister eine schwere Verantwortung. Wir lehnen unerfährte, die Verantwortung für diesen Etat ab.

Finanzminister Frhr. v. R e i n h a d e n: Gerade Herr Friedbergs Freunde haben im Jahre 1892 die jetzige Art der Etatsausstellung gefordert. Folgen wir dem Vor-schlage des Abg. Dr. Friedberg, mehr Ausgaben auf Anleihen zu nehmen, so belassen wir die Eisenbahnen mit einem stets wachsenden Zinsen- und Amortisationsdienst. Die alljährliche starke Anspruchnahme des Geldmarkts durch Anleihen hat jetzt schon einen niedrigen Kurs unserer Staatspapiere zur Folge gehabt. Wieweil von ihren Ersparnissen haben gerade die mittleren Schichten durch das Fallen der Staatspapiere eingebüßt!

Abg. Frhr. v. Z e d l i g (rtl.) kritisiert die Etatsausstellung in ähnlichem Sinne wie der Abg. Friedberg.

Abg. H y l i n g (freif. Vp.): Zwischen den Parteien des Hauses besteht Einmütigkeit darüber, daß der Etat übersichtlich und einheitlicher gestaltet werden muß, und diese Konzeption hat auch der Finanzminister in der Budgetkommission gemacht.

Abg. Dr. V a g n e r (freif. Vg.): Trotz dem die Schätzungen des Etats sich von der Wirklichkeit weit entfernen, müssen wir ihm zustimmen.

Das Haus verlegt sich.

## Vermischtes.

König Alfons. Der „Daily Express“ meldet aus Madrid, daß in verantwortlichen Kreisen große Besorgnis über die Absicht des Königs Alfons, nach Barcelona zu gehen, besteht. Der König hat diesen Beschluß gegen den Rat seiner Freunde gefaßt, denn er erklärt, er wolle zeigen, daß er vor Altentären keine Furcht habe. In Hoffriesen wird darauf hingewiesen, daß dieser Entschluß sehr leichtfertig sei, wenn er auch von Mut zeugt, denn in Barcelona wird das Bombenwerfen geradezu sportmäßig betrieben. Es wird verurteilt, den König von seinem Entschluß abzurufen. In Barcelona treffen die konterbarten Parteien Vorbereitungen zum Schuß des Königs während seines Aufenthalts. Eine besondere bürgerliche Garde wird gebildet, um den König zu übermagen. Außerdem werben 800 Gendarmen und Militär zur Verhärkung in die Stadt entsandt. Trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen befürchtet man das Schlimmste, zumal das Beispiel von Alfons die spanischen Anarchisten ermuntert haben dürfte.

Die Tragödie von Alfenstein. Zu ihrer Reherfierung gegen den Vorwurf der mangelnden Ueberwachung des Hauptmanns von Goeben wird von der Militärbehörde angegeben, daß nach dem ganzen Verhalten des nunmehr aus dem Leben geschiedenen Hauptmanns nicht der geringste Grund vorlag, einen Selbstmord des Gefangenen zu befürchten. Goeben habe stets geäußert, daß er, wenn schuldig befunden, seine Schuld büßen, also auch schließlich das Schafot bestiegen wolle. Auch Medizinalrat Dr. Puppe aus Königsberg, der unmittelbar vor dem Selbstmord des Hauptmanns in dessen Zelle weilte, hat nach dem Verhalten Goebens gemeint, daß dieser keinen Versuch, sich zu entleiben, unternehmen werde.

Feuersbrunst. Eine furchtbare Brandkatastrophe, bei der eine furchtbar große Anzahl junger Menschenleben vernichtet wurden, ereignete sich in der Vorstadt Colingwood bei Cleveland, der zweitgrößten Stadt des nordamerikanischen Staates Ohio.

„Und da, meinen Sie, sei es Zeit zu heiraten? Allerdings! ... Aber warum hat man denn im Volke solche Angst, daß ich ohne Leibkinder sterbe? Ich habe doch noch einen Bruder.“

Des Hofmarschalls Gesicht legte sich in diplomatische Falten. Er hätte ein wenig verlegen, griff mit dem Zeigefinger seiner Linken in seinen hohen Hemdkragen, spitzte den Mund und brachte erst nach einigen Zögern die Antwort heraus:

„Prinz Friedrich Ernst ist nicht so populär, wie es für einen Thronfolger wünschenswert wäre.“

Der Herzog nickte. Diese Äußerung schien ihm nicht unerwartet und auch nicht unangenehm.

„Er ist beim Volke unbeliebt.“ ergänzte er selbst. „Ich weiß. Man sagt ihm reaktionäre Neigungen nach.“

„Ja, Euer Hoheit. Man würde ein strenges, vorkämpferisches Regiment von ihm befürchten.“

„Er gilt als hochmütig und schroff?“ forschte der Herzog weiter.

„Ich kann Euer Hoheit nicht wider-sprechen.“

Des Herzogs Lippen umspielte ein Lächeln, während er im Leisen, vertraulichen Tone fortsetzte: „Man sagt ihm nach, daß es

gewissen Einflüssen sehr zugänglich ist! Nicht wahr, Hofkammer?“

Der Hofmarschall verbeugte sich zustimmend, während der respektvoll erste Händedruck nicht einen Augenblick aus seinen Mienen schwand.

„Beehrt er unsere Primadonna noch immer in seiner Protektion?“

Auch auf diese Frage seiner Hoheit antwortete der Hofmarschall nur mit einer Verbeugung.

Eine leichte Wolke huschte über die Stirn des hohen Herrn. „Sagen Sie einmal, Hofkammer,“ fuhr er fort, „wie lange ist die Audienz schon an unserer Oper?“

„Fast fünfzehn Jahre, Euer Hoheit.“

„Fünfzehn Jahre! Ja, ja, man merkt es ihrer Stimme an. Besonders in der Höhe hat sie wirklich an Stärke und Wohlklang eingebüßt. Freilich, wenn Prinz Heinrich Ernst sie protegirt.“

Der Herzog vollendete den Satz nicht, sondern wieder auf das frühere Thema übergehend, fügte er hinzu: „Haben Sie denn schon eine Prinzessin für mich in Aussicht, Hofkammer?“

„Ich glaube, daß man am benachbarten königlichen Hofe nicht abgeneigt sein würde, in Unterhandlungen mit uns bezüglich der Prinzessin Ernestine.“

Des Herzogs Augen verfeinerten sich, sein Gesicht zog sich plötzlich zusammen, wie

bei einer schmerzlichen Empfindung. Dem Hofmarschall erstarrte unwillkürlich das Wort im Munde.

„Prinzessin Ernestine,“ sagte der Herzog. „Ich kenne sie von meinen Besuchen an königlichen Höfen her. Sie ist eine imponante Erscheinung. Ueberhaupt das Vornehme, königliche verleugnet sie keinen Augenblick. Im übrigen — die übrigen Prinzessinnen-Aussichten.“

Aus den blauen Augen des Herzogs blickte Melancholie und seine Miene veränderte sich abermals, während er seine beiden Hände dem alten Hofbeamten auf die Schulter legte: „Mein lieber Hofkammer,“ fuhr er fort, einer Annäherung nachgehend, „kann ich in seinen inneren, rein menschlichen Empfindungen mitteilen: „Das ist auch eine von den Enttäuschungen, die wir auf der Höhe des Lebens uns auferlegen müssen, daß wir nicht nach unserem Herzen oder wenigstens nach unserem Geschmack und unserer Neigungen wählen können. Die Politik, die Rücksicht auf die Interessen des Landes sind für uns Bedauernsmerkmale, fälschlich Beneidete, bei dieser Angelegenheit ausschlaggebend, die für jeden anderen Sterblichen die wichtigste und beständige des Lebens ist. Als ich zwanzig Jahre alt war, hatte mein Gouverneur eine Tochter, ein reizendes, liebes Kind von siebzehn Jahren.“